

**Schriften zum Umweltrecht**

---

**Band 212**

**Das Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz  
im Spannungsfeld zwischen Artenschutz  
und Klimaschutz**

**Von**

**Caroline Simon**



**Duncker & Humblot · Berlin**

CAROLINE SIMON

Das Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz im Spannungsfeld  
zwischen Artenschutz und Klimaschutz

# **Schriften zum Umweltrecht**

Herausgegeben von Prof. Dr. Michael Kloepfer, Berlin

**Band 212**

# Das Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz im Spannungsfeld zwischen Artenschutz und Klimaschutz

Von

Caroline Simon



Duncker & Humblot · Berlin

Die Juristische Fakultät der Julius-Maximilians-Universität Würzburg  
hat diese Arbeit im Jahre 2024 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in  
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten  
sind im Internet über <https://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten

© 2025 Duncker & Humblot GmbH, Berlin  
Satz: L101 Mediengestaltung, Fürstenwalde  
Druck: CPI books GmbH, Leck  
Printed in Germany

ISSN 0935-4247

ISBN 978-3-428-19261-8 (Print)  
ISBN 978-3-428-59261-6 (E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier  
entsprechend ISO 9706 ☺

Verlagsanschrift: Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9,  
12165 Berlin, Germany | E-Mail: [info@duncker-humblot.de](mailto:info@duncker-humblot.de)  
Internet: <https://www.duncker-humblot.de>

*Meiner Familie*



## **Vorwort**

Die Fertigstellung dieser Dissertation wäre ohne die Unterstützung von zahlreichen Personen nicht möglich gewesen. An dieser Stelle möchte ich allen danken, die zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen haben.

Meinen ausdrücklichen Dank möchte ich Herrn Prof. Dr. Ralf Brinktrine aussprechen, der durch seine Betreuung diese Arbeit ermöglicht hat. Seine wertvollen fachlichen Hinweise, seine kontinuierliche Unterstützung und seine sehr hilfreichen Anmerkungen haben wesentlich zur Fertigstellung dieser Arbeit beigetragen. Sein Vertrauen in meine Fähigkeiten hat mir stets neue Motivation gegeben.

Für die Erstellung des Zweitvotums danke ich Herrn Prof. Dr. Enrico Peuker.

Mein besonderer Dank gilt auch meiner Familie, die mich während meiner gesamten Ausbildung unterstützt und mir immer den Rücken gestärkt hat. Ohne ihre Fürsprache und ihr Verständnis wäre dieser Weg nicht möglich gewesen.

Danken möchte ich außerdem Herrn Rechtsanwalt Dr. Clemens Kessler, der mir mit kontinuierlichem Rat stets zur Seite stand. Seine wertschätzende Unterstützung und seine regelmäßigen Anmerkungen waren von großem Wert.

Über das Mentoring-Programm „SCIENTIA“ der Universität Würzburg, das sich an Promotionsstudentinnen richtet, konnte ich weitere wertvolle Fertigkeiten erlernen, die mir beim Erstellen dieser Arbeit sehr geholfen haben.

Schließlich möchte ich meinem Ehemann Christoph Simon danken, den ich stets an meiner Seite weiß, der mir Ruhe und Ausgleich gegeben und mich bedingungslos unterstützt hat.

Die vorliegende Arbeit habe ich im November 2021 fertig gestellt. Sie beruht auf dem rechtswissenschaftlichen Stand von Januar 2021. Die Juristische Fakultät der Julius-Maximilians-Universität Würzburg hat diese Arbeit 2024 als Dissertation angenommen. Die Disputation fand am 28.2.2024 in Würzburg statt.

Ich danke dem Verlag Duncker & Humblot für die Veröffentlichung dieser Arbeit.

Hamburg, im Juli 2024

*Caroline Simon*



# Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung und Gang der Darstellung</b>	31
A. Aktuelle Relevanz des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes . . . . .	34
I. Entwicklung der Anzahl an Rechtsbehelfen nach dem UmwRG . . . . .	35
II. Entwicklung der Erfolgsquote von Umweltverbandsklagen . . . . .	36
III. Entwicklung der Klagegegenstände von Umweltverbandsklagen . . . . .	38
IV. Bedeutung vor dem Hintergrund von Klimaschutzz Zielen . . . . .	40
B. Ziele dieser Untersuchung . . . . .	41
I. Überprüfen und Fortführen der bisherigen Erkenntnisse . . . . .	42
II. Versuch des Schließens von Erkenntnislücken . . . . .	42
III. Analyse von Rechtsbehelfen gegen Windenergievorhaben . . . . .	44
C. Methodik der Datenerhebung und -auswertung . . . . .	44
I. Recherche in der Datenbank juris . . . . .	45
II. Unberücksichtigte Entscheidungen . . . . .	46
III. Kategorisierung der Entscheidungen . . . . .	48
1. Rechtsbehelfe insgesamt . . . . .	49
a) Aktivlegitimierte . . . . .	49
b) Erfolg . . . . .	49
c) Klage- bzw. Antragsgegenstand . . . . .	50
2. Rechtsbehelfe gegen Windenergievorhaben . . . . .	51
a) Zusätzliche Oberkategorien . . . . .	51
b) Analyse und Auswertung der Rügen . . . . .	51
c) Analyse und Auswertung der Rügeschwerpunkte . . . . .	52
D. Struktur der Arbeit . . . . .	53
<i>1. Kapitel</i>	
<b>Effektiver Umweltschutz durch Klagerechte von Umweltverbänden und Individualpersonen</b>	54
A. Vollzugsdefizit im Umweltrecht als Ausgangslage für die Erweiterung des Gerichtszugangs in Umweltangelegenheiten . . . . .	54
B. Stationen der Erweiterung des Gerichtszugangs im Umweltvölkerrecht und Umweltrecht der Europäischen Union . . . . .	57
I. Die Deklaration von Stockholm von 1972 . . . . .	57
II. Die Deklaration von Rio von 1992 . . . . .	58

III. Die Aarhus-Konvention von 1998 .....	60
1. Die drei Säulen der Aarhus-Konvention .....	60
a) Zugang zu Umweltinformationen, Art. 4 f. AK .....	60
b) Öffentlichkeitsbeteiligung, Art. 6 ff. AK .....	61
c) Gerichtszugang bei Verletzung von Beteiligungsrechten, Art. 9 AK .....	61
aa) Verstoß gegen Recht auf Umweltinformationen, Art. 9 Abs. 1 AK .....	61
bb) Verletzung von Öffentlichkeitsbeteiligungsrechten, Art. 9 Abs. 2 AK .....	61
cc) Verstoß gegen sonstige Umweltvorschriften, Art. 9 Abs. 3 AK .....	62
2. Rechtswirkung gemäß EuGH-Rechtsprechung .....	62
IV. Umsetzung der Aarhus-Konvention in Unionsrecht .....	64
C. Erweiterung des Gerichtszugangs in Umweltangelegenheiten durch das Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz .....	66
I. Ausgangslage: Verbandsklage nach dem BNatSchG .....	67
II. Das Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz 2006 .....	68
1. Inhalt und kritische Begleitung .....	68
a) Sachlicher und zeitlicher Anwendungsbereich, §§ 1, 5 UmwRG 2006 .....	69
b) Rügebefugnis und Begründetheitsmaßstab von Rechtsbehelfen anerkannter Umweltvereinigungen, § 2 Abs. 1, 2, 5 i. V. m. § 3 UmwRG 2006 .....	69
c) Regelung zur materiellen Präklusion, § 2 Abs. 3 UmwRG 2006 ..	72
d) Abweichende Widerspruchs- und Klagefrist nach § 2 Abs. 4 UmwRG 2006 .....	73
e) Rügfähigkeit von UVP-Verfahrensfehlern, § 4 Abs. 1 S. 1, Abs. 3 UmwRG 2006 .....	73
2. Vorgaben der TRIANEL-Entscheidung des EuGH, 11.5.2011 .....	74
a) Vorlage durch das OVG Nordrhein-Westfalen .....	74
b) Entscheidung des EuGH .....	75
III. Das Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz 2013 .....	76
1. Rechtsänderungen und kritische Begleitung .....	76
a) Erweiterter sachlicher und zeitlicher Anwendungsbereich, § 1 Abs. 1, § 5 UmwRG 2013 .....	76
b) Klarstellung des Verhältnisses zum BNatSchG, § 1 Abs. 3 UmwRG 2013 .....	76
c) Erweiterte Rügebefugnis und erweiterter Prüfungsumfang der Be- gründetheit bei Rechtsbehelfen von Umweltverbänden, § 2 Abs. 2, 5 UmwRG 2013 .....	77
d) Erweiterung der absoluten Verfahrensfehler, § 4 Abs. 1, 3 UmwRG 2013 .....	77
e) Neue Bestimmungen zur Anwendung der VwGO, § 4a UmwRG 2013 .....	78

	Inhaltsverzeichnis	11
2. Vorgaben der Altrip-Entscheidung des EuGH, 7.11.2013 .....	79	
a) Vorlage durch das BVerwG .....	80	
b) Entscheidung des EuGH .....	80	
3. Entscheidung des Aarhus-Compliance-Committee und Beschluss der Vertragsstaatenkonferenz der Aarhus-Konvention, 2013/2014 .....	81	
IV. Das Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz 2015 .....	82	
1. Rechtsänderungen und kritische Begleitung .....	82	
a) Neufassung der Regelung zu Verfahrensfehlern, § 4 Abs. 1 und 1a, 3 UmwRG 2015 .....	82	
b) Erweiterung des zeitlichen Anwendungsbereichs, § 5 Abs. 1 UmwRG 2015 .....	84	
2. Urteil des EuGH im Vertragsverletzungsverfahren, 15.10.2015 .....	85	
a) Beschwerde der Kommission .....	85	
b) Entscheidung des EuGH .....	86	
V. Das Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz 2017 .....	87	
1. Rechtsänderungen und kritische Begleitung .....	87	
a) Erweiterung des sachlichen Anwendungsbereichs, § 1 UmwRG .....	87	
b) Erweiterung der Rügebefugnis von Umweltverbänden, § 2 Abs. 1 UmwRG .....	88	
c) Schlechterstellung von Individualklägern durch § 4 Abs. 4 UmwRG .....	89	
d) Streichung von Präklusionsregelung und Einfügen von Missbrauchsklausel, § 5 UmwRG .....	89	
e) Streichung von § 4a UmwRG und Klagebegründungsfrist in § 6 UmwRG .....	90	
f) Regelung zur materiellen Verfahrensfehlerheilung, § 7 Abs. 5 UmwRG .....	91	
g) Zeitlicher Anwendungsbereich in § 8 UmwRG .....	92	
2. Urteil des EuGH vom 28.5.2020 .....	92	
a) Vorlage durch das BVerwG .....	93	
b) Entscheidung des EuGH .....	94	
D. Zwischenergebnis: Schaffung der Grundlagen für effektiven Umweltschutz mit Ausweitung der Klagerechte .....	94	
<i>2. Kapitel</i>		
<b>Das Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz in der Rechtspraxis</b>		98
A. Entwicklung der Rechtsbehelfe insgesamt in Abhängigkeit zu den Gesetzesänderungen am UmwRG .....	98	
I. Entwicklung der Anzahl an Entscheidungen zu Rechtsbehelfen nach dem UmwRG .....	99	
II. Verteilung auf die Untersuchungsgruppen .....	100	
III. Entwicklung der Erfolgsquote .....	102	

IV. Schwerpunkt der Antrags- und Klagegegenstände .....	105
B. Entwicklung der Rechtsbehelfe nach dem UmwRG gegen Windenergievorhaben in Abhängigkeit zu den Änderungen am UmwRG .....	113
I. Entwicklung der Anzahl an Entscheidungen zu Rechtsbehelfen gegen immissionsschutzrechtliche Genehmigungen von Windenergieanlagen ..	114
II. Verteilung auf die Untersuchungsgruppen .....	115
III. Entwicklung der Erfolgsquote .....	117
IV. Entwicklung der Rügeschwerpunkte .....	119
1. Gesamtentwicklung der Rügeschwerpunkte .....	119
2. Entwicklung der Rügeschwerpunkte im Rahmen der UVP .....	126
C. Zwischenergebnis: Schwerpunkt des Einsatzes des UmwRG bei Windenergievorhaben .....	130

### *3. Kapitel*

#### **Das Dilemma des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes am Beispiel von Windenergievorhaben**

A. Erforderlichkeit des Ausbaus von Windenergieanlagen aufgrund von Verpflichtungen im Energierecht .....	132
I. Völkerrechtliche Verpflichtungen im Bereich des Energierechts .....	133
1. Stabilisierung der Treibhausgaskonzentration als Zielvorgabe der Klimarahmenkonvention von 1992 .....	134
2. Rechtsverbindliche Treibhausgas-Minderungsverpflichtung durch die Kyoto-Protokolle .....	136
3. Verpflichtung zur Beschränkung der Erderwärmung auf 1,5–2°C durch das Pariser Klimaabkommen von 2015 .....	137
II. Unionsrechtliche Verpflichtungen im Bereich des Energierechts .....	139
1. Entwicklung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen als Zielbestimmung der EU gemäß Art. 191 i. V. m. 194 AEUV .....	139
2. Maßnahmen im Bereich des Energierechts der EU zur Förderung des Klimaschutzes .....	140
a) Verpflichtung zur Erhöhung des Anteils der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen durch die Ökostrom-RL von 2001 ..	140
b) Verpflichtung zur Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien durch die Erneuerbare-Energien-Richtlinien von 2009 und 2018	140
aa) Anteil der Energiegewinnung aus erneuerbaren Quellen 18% bis 2020 nach der Erneuerbare-Energien-Richtlinie von 2009	141
bb) Anteil der Energiegewinnung aus erneuerbaren Quellen 32% bis 2030 nach der Erneuerbare-Energien-Richtlinie von 2018	142
III. Nationale Verpflichtungen im Bereich des Energierechts .....	142
1. Rechtspolitische Entscheidungen für den verstärkten Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen .....	143

a) Klimaschutzprogramme in Erfüllung der Verpflichtungen der Kyoto-Protokolle .....	143
aa) Entscheidung zum Ausbau der Stromerzeugung aus Windkraft Ende 1980 .....	143
bb) Klimaschutzprogramm zur Erhöhung der Energiegewinnung aus erneuerbaren Quellen schrittweise bis 2010 .....	144
cc) Energiekonzept zur schrittweisen Erhöhung der Energiegewinnung aus erneuerbaren Quellen bis 2050 .....	145
b) Klimaschutzprogramme zur Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaabkommen .....	146
aa) Bestätigung der Erhöhung des Anteils der Stromerzeugung aus erneuerbaren Quellen mit dem Klimaschutzplan 2050 ..	146
bb) Nationales Klimaschutzprogramm 2019 .....	147
2. Förderung der Stromerzeugung aus Windenergie durch das EEG ..	147
a) Schaffung von Investitionsanreizen durch Vergütungspflicht von Windenergielagenbetreibern mit dem EEG 2000 .....	147
b) Konkrete Ausbauziele für die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen .....	148
c) Konkretes Ausbauziel von Windenergieanlagen mit dem EEG 2017 .....	149
d) Konkretes Ausbauziel von Windenergieanlagen mit dem EEG 2021 .....	149
3. Einfach-gesetzliche Verankerung von Klimaschutzz Zielen im Klimaschutzgesetz .....	150
IV. Zwischenergebnis: Nationale Entscheidung zum verstärkten Bau von Windenergieanlagen .....	151
B. Zielkonflikte aufgrund der Erfordernisse zur Vereinbarkeit von Windenergievorhaben mit sonstigem Umweltrecht .....	153
I. Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) .....	153
1. Die rechtlichen Anforderungen an die UVP von Windenergievorhaben .....	155
a) UVP-Vorprüfung bei Windfarmen unter 20 Windenergieanlagen .....	155
aa) Standortbezogene UVP-Vorprüfung .....	155
bb) Allgemeine UVP-Vorprüfung .....	156
cc) UVP-Vorprüfung bei Änderungsvorhaben .....	157
b) UVP bei Windfarmen mit mehr als 20 Windenergieanlagen .....	157
2. Schwierigkeiten bei der Anwendung der rechtlichen Anforderungen an die UVP von Windenergievorhaben .....	159
a) Einordnung von Windenergieanlagen als Windfarm .....	159
aa) Kriterien der Rechtsprechung des BVerwG bis zur UVPG-Novelle 2017 .....	160
bb) Legaldefinition durch den Gesetzgeber in § 2 Abs. 5 UVPG der UVPG-Novelle 2017 .....	162
cc) Verbleibende Anwendungsschwierigkeiten .....	163

b)	Durchführung von UVP-Vorprüfungen .....	165
aa)	Prüfungsumfang bei standortbezogener UVP-Vorprüfung ...	165
(1)	Berücksichtigung der verfahrenslenkenden Funktion ...	165
(2)	Prüfung anhand der Schutzkriterien der Nr. 2.3 Anl. 3 UVPG .....	167
(3)	Restriktive Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange .....	168
bb)	Der Begriff der Erheblichkeit des § 7 Abs. 1 S. 3 und Abs. 2 S. 5 UVPG .....	169
(1)	Prüfung anhand von geplanten Vorkehrungen i.S.d. § 7 Abs. 5 S. 1 UVPG .....	170
(2)	Leitlinien der Rechtsprechung .....	170
(3)	Fallgruppen nach materiellem Zulassungsrecht .....	171
c)	Dokumentationspflicht im Rahmen von vollständiger UVP .....	172
3.	Zwischenergebnis: Verbleibende Anwendungsschwierigkeiten .....	173
II.	Wirkungen des Artenschutzrechts .....	175
1.	Die artenschutzrechtlichen Vorgaben an Windenergievorhaben .....	175
a)	Das Tötungsverbot des § 44 I Nr. 1 BNatSchG .....	175
aa)	Verstoß bei signifikant erhöhtem Tötungsrisiko von Vögeln	176
bb)	Rechtsunsicherheiten bei der Bestimmung der signifikanten Risikoerhöhung .....	178
b)	Das Störungsverbot des § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG .....	179
aa)	Verstoß bei Erheblichkeit der Störung von Vögeln .....	179
bb)	Erhebliche Störung von Vögeln durch den Betrieb von Wind- energieanlagen eher selten .....	180
2.	Schwierigkeiten bei der Anwendung der artenschutzrechtlichen Vorgaben .....	181
a)	Die Rechtsprechung zur Anwendung des Tötungs- und Störungs- verbots bei der Genehmigung von Windenergieanlagen .....	181
aa)	Naturschutzfachliche Einschätzungsprärogative bei Ermitt- lung und Bewertung von Verstößen gegen das Tötungs- und Störungsverbot .....	182
bb)	Abschaffung der naturschutzfachlichen Einschätzungspräro- gative durch das BVerfG .....	182
cc)	Bindungswirkung von Verwaltungsvorschriften bei Ermittlun- gen der Genehmigungsbehörde .....	184
dd)	Verbleibende Rechtsunsicherheiten .....	185
b)	Artenschutz als dynamisches Element der immissionsschutzrecht- lichen Genehmigung von Windenergieanlagen .....	186
aa)	Berücksichtigung vor Erteilung der Genehmigung: Auflage gemäß § 12 Abs. 1 BImSchG .....	186
bb)	Berücksichtigung bei Erteilung der Genehmigung: Ausnah- megenehmigung für Betrieb von Windenergieanlagen gemäß § 45 Abs. 7 BNatSchG .....	188

Inhaltsverzeichnis	15
(1) Ausnahmegrund bei Windenergieanlagen .....	188
(2) Bestimmung alternativer Standorte für Windenergieanlagen.....	191
(3) Bewertung der Sicherung der Erhaltung von Populationen.....	192
(4) Hürden für die Erteilung einer Ausnahmegenehmigung gemäß § 45 Abs. 7 BNatSchG für den Betrieb von Windenergieanlagen .....	192
3. Zwischenergebnis: Verbleibende Anwendungsschwierigkeiten .....	192
III. Zwischenergebnis: Gesetzgeberischer Handlungsbedarf .....	194
 <i>4. Kapitel</i>	
<b>Ansätze zur Auflösung der widerstreitenden Interessen</b>	<b>196</b>
A. Lösungsansätze außerhalb von Gerichtsverfahren.....	196
I. Ausgleichsmöglichkeiten für betroffene Anwohner .....	197
1. Finanzielle Beteiligung oder Entschädigung Betroffener von Windenergievorhaben .....	197
a) Kommunale Bürgerwindparks .....	198
aa) Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung von Gemeinden	199
bb) Bauplanungsrechtliche Absicherung kommunaler Bürgerwindparks .....	201
b) Entschädigungszahlung des Betreibers einer Windenergieanlage an die Gemeinde .....	202
c) Vergünstigte Bürgerstromtarife für betroffene Gemeindebewohner	203
2. Räumliche Gestaltung von Windenergievorhaben .....	205
a) Festlegung von Mindestabständen nach § 249 Abs. 3 BauGB a.F. bis 2020 .....	205
b) Maximalabstand von 1.000 m zu Wohnbebauung nach § 249 Abs. 3 BauGB n.F. seit 2020 .....	208
c) Auswirkungen auf die Verfügbarkeit von Flächen für den Bau von Windenergieanlagen .....	209
3. Bewertung der Akzeptanzförderung .....	210
II. Novellierungsbedarf bei der Genehmigung von Windenergieanlagen ...	213
1. Änderung der Rechtsnatur der Genehmigung von Windenergieanlagen .....	214
a) Das Maßnahmengesetzbereitungsgesetz (MgvG) als Vorbild	214
b) Übertragbarkeit der Grundidee des MgvG auf Windenergievorhaben .....	215
aa) Änderungskompetenz des Bundesgesetzgebers .....	217
bb) Windenergievorhaben als Angelegenheit der örtlichen Gemeinschaft .....	218
cc) Verfassungsrechtliche und unionsrechtliche Vereinbarkeit ...	218

2. Rechtsänderungen der bei der Genehmigung von Windenergieanlagen relevanten Fachrechtsgebiete .....	219
a) Änderungen im Recht der Umweltverträglichkeitsprüfung .....	219
aa) Stets UVP-Pflicht von Windenergievorhaben .....	220
bb) Anpassung der Verwaltungsvorschrift zur Ausführung des UVPG bei Windenergievorhaben .....	224
b) Lösungsansätze im Bereich des Artenschutzrechts .....	225
aa) Bundesverordnung als Anleitung zur Anwendung des Arten-schutzrechts .....	226
bb) Technische Anleitung Artenschutz .....	227
3. Zentrale Durchführung der Genehmigungsverfahren .....	228
<b>III. Novellierungsbedarf im Klimaschutzrecht .....</b>	<b>230</b>
1. Bundes-Klimaschutzgesetz .....	231
2. Technische Anleitung Windenergie .....	232
3. Klimaschutzgebiete .....	232
4. Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung des Klimas“ in Art. 91a GG ..	232
5. Ausnahmegrund „erneuerbare Energien“ in § 45 Abs. 7 BNatSchG ..	233
6. Ausnahme für Windenergieanlagen in § 2 BArtSchV .....	234
<b>IV. Stärkung von außergerichtlichen Streitbeilegungsmöglichkeiten .....</b>	<b>234</b>
<b>V. Zwischenergebnis: Rechtsänderungen in den Fachrechtsgebieten mög-lich .....</b>	<b>238</b>
<b>B. Lösungsansätze bei Gerichtsverfahren .....</b>	<b>239</b>
I. Änderungen am Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz zur Vermeidung von Gerichtsverfahren .....	239
1. Einschränkung der Verbandsklagebefugnis in § 2 Abs. 1 UmwRG ..	240
a) Möglichkeit der Einschränkung der Verbandsklagebefugnis .....	241
b) Schaffung der völkerrechtlichen Rahmenbedingungen in Art. 9 AK erforderlich .....	242
aa) Möglichkeit der Änderung des Art. 9 AK .....	242
bb) Unionsrechtliche Voraussetzungen der Ratifizierung eines geänderten Art. 9 AK .....	242
cc) Erforderlichkeit der Änderung der UVP-RL .....	243
2. Einschränkung der Rügebefugnis von Privatklägern in § 4 Abs. 3 UmwRG .....	243
a) Möglichkeit der Einschränkung der Rügebefugnis von Individual-klägern .....	244
b) Schaffung der völkerrechtlichen und unionsrechtlichen Vorgaben erforderlich .....	246
II. Erstinstanzliche Zuständigkeit von Oberverwaltungsgerichten gemäß § 48 VwGO .....	246
<b>III. Zwischenergebnis: Lösungsansätze bei Gerichtsverfahren weniger zielführend .....</b>	<b>247</b>

Inhaltsverzeichnis	17
<i>5. Kapitel</i>	
Zusammenfassung und Fazit	249
Literaturverzeichnis .....	251
Entscheidungsverzeichnis .....	278
Entscheidungsverzeichnis Rechtsbehelfe nach UmwRG .....	283
Stichwortverzeichnis .....	313

## **Abbildungsverzeichnis**

Abbildung 1:	Anzahl an Entscheidungen zu Rechtsbehelfen nach dem UmwRG in UmwRG-Phase .....	99
Abbildung 2:	Entwicklung der Anzahl an Entscheidungen zu Rechtsbehelfen nach dem UmwRG .....	100
Abbildung 3:	Anzahl an Entscheidungen zu Rechtsbehelfen nach dem UmwRG pro Untersuchungsgruppe in UmwRG-Phase .....	101
Abbildung 4:	Entwicklung der Anzahl an Entscheidungen zu Rechtsbehelfen nach dem UmwRG pro Untersuchungsgruppe .....	101
Abbildung 5:	Erfolge der Rechtsbehelfe nach dem UmwRG in UmwRG-Phase	102
Abbildung 6:	Entwicklung der Erfolge von Rechtsbehelfen nach dem UmwRG	103
Abbildung 7:	Erfolge von Rechtsbehelfen nach dem UmwRG pro Untersuchungsgruppe in UmwRG-Phase .....	103
Abbildung 8:	Entwicklung der Erfolge von Rechtsbehelfen nach dem UmwRG pro Untersuchungsgruppe .....	104
Abbildung 9:	Entwicklung der Klagegegenstände von Rechtsbehelfen nach dem UmwRG in UmwRG-Phase .....	105
Abbildung 10:	Entwicklung der Klagegegenstände von Rechtsbehelfen nach dem UmwRG .....	106
Abbildung 11:	Klagegegenstände von Rechtsbehelfen nach dem UmwRG von Umweltverbänden in UmwRG-Phase .....	107
Abbildung 12:	Klagegegenstände von Rechtsbehelfen nach dem UmwRG von Sonstigen in UmwRG-Phase .....	107
Abbildung 13:	Entwicklung der Klagegegenstände von Rechtsbehelfen nach dem UmwRG von Umweltverbänden .....	108
Abbildung 14:	Entwicklung der Klagegegenstände von Rechtsbehelfen nach dem UmwRG von Sonstigen .....	109
Abbildung 15:	Rechtsbehelfe nach dem UmwRG innerhalb des Klagegegenstands BImSchG-Genehmigungen in UmwRG-Phase .....	110
Abbildung 16:	Entwicklung der Anzahl an Rechtsbehelfen nach dem UmwRG innerhalb des Klagegegenstands BImSchG-Genehmigungen ..	110
Abbildung 17:	Anzahl an Entscheidungen zu Rechtsbehelfen nach dem UmwRG von Umweltverbänden innerhalb des Klagegegenstands BImSchG-Genehmigungen in UmwRG-Phase .....	111

Abbildung 18: Anzahl an Entscheidungen zu Rechtsbehelfen nach dem UmwRG von Sonstigen innerhalb des Klagegegenstands BImSchG-Genehmigungen in UmwRG-Phase .....	111
Abbildung 19: Entwicklung der Anzahl an Rechtsbehelfen nach dem UmwRG von Umweltverbänden innerhalb des Klagegegenstands BImSchG-Genehmigungen .....	112
Abbildung 20: Entwicklung der Anzahl an Rechtsbehelfen nach dem UmwRG von Sonstigen innerhalb des Klagegegenstands BImSchG-Genehmigungen .....	113
Abbildung 21: Anzahl an Entscheidungen zu Rechtsbehelfen gegen Windenergievorhaben in UmwRG-Phase .....	115
Abbildung 22: Entwicklung der Anzahl an Entscheidungen zu Rechtsbehelfen gegen Windenergievorhaben .....	115
Abbildung 23: Anzahl an Entscheidungen zu Rechtsbehelfen in Untersuchungsgruppen in UmwRG-Phase .....	116
Abbildung 24: Entwicklung der Anzahl an Entscheidungen zu Rechtsbehelfen gegen Windenergievorhaben in den Untersuchungsgruppen .....	116
Abbildung 25: Erfolgsquote in UmwRG-Phase .....	117
Abbildung 26: Entwicklung der Erfolge .....	117
Abbildung 27: Erfolge in den Untersuchungsgruppen in UmwRG-Phase .....	118
Abbildung 28: Entwicklung der Erfolge in den Untersuchungsgruppen .....	119
Abbildung 29: Rügen der Rechtsbehelfe gegen Windenergievorhaben .....	120
Abbildung 30: Rügeschwerpunkte in UmwRG-Phase .....	121
Abbildung 31: Entwicklung der Rügeschwerpunkte UVP und BNatSchG .....	122
Abbildung 32: Rügen innerhalb der Untersuchungsgruppen .....	123
Abbildung 33: Rügen innerhalb der Untersuchungsgruppen in UmwRG-Phase .....	124
Abbildung 34: Entwicklung der Rügeschwerpunkte innerhalb der Untersuchungsgruppen .....	125
Abbildung 35: Verteilung der Fehler auf die UVP-Verfahrensart .....	126
Abbildung 36: Verteilung der Verfahrensfehler auf die UVP-Verfahrensarten ..	127
Abbildung 37: Verteilung der Fehler bei der Feststellung von UVP-Pflicht auf die UmwRG-Phasen .....	127
Abbildung 38: Verteilung der Fehler bei der Feststellung von UVP-Pflicht auf die Untersuchungsgruppen .....	128
Abbildung 39: Verteilung der Fehler bei weiteren Verfahrensschritten bei der UVP bzw. UVP-Vorprüfung auf die UmwRG-Phasen .....	128
Abbildung 40: Verteilung von Fehlern bei weiteren Verfahrensschritten auf die Untersuchungsgruppen .....	129

Abbildung 41: Fehler bei der Ermittlung und Bewertung von Auswirkungen auf die Schutzgüter i. S. v. § 2 UVPG . . . . .	129
Abbildung 42: Verteilung der Fehler bei der Ermittlung und Bewertung von Auswirkungen auf die Schutzgüter i. S. v. § 2 UVPG auf die Untersuchungsgruppen . . . . .	130

## **Abkürzungsverzeichnis**

4. BImSchV	Vierte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissions-schutzgesetzes (Verordnung über genehmigungsbedürftige An-lagen – 4. BImSchV) v. 2.5.2013 i. d. F. der Bekanntmachung v. 31.5.2017, BGBl. I, S. 1440, zul. geänd. durch Art. 1 der Ersten Verordnung zur Änderung der Verordnung über genehmigungs-bedürftige Anlagen v. 12.1.2021, BGBl. I, S. 69
a. A.	andere Ansicht
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
a. E.	am Ende
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a. F.	alte Fassung
AGEB	Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e. V.
AK	Übereinkommen über den Zugang zu Informationen, die Öf-fentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten v. 25.6.1998 (Aarhus-Konvention)
AK-VO	Verordnung (EG) Nr. 1367/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates v. 6.9.2006 über die Anwendung der Bestimmun-gen des Übereinkommens von Århus über den Zugang zu Infor-mationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungs-verfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegen-heiten auf Organe und Einrichtungen der Gemeinschaft, ABl. Nr. L 264, 13 (Aarhus-Konvention Verordnung)
Anl.	Anlage
Anm.	Anmerkung
Art.	Artikel
AT	Allgemeiner Teil
Ausschussdrs.	Ausschussdrucksache
AVR	Archiv des Völkerrechts (Zeitschrift)
BArtSchV	Bundesartenschutzverordnung (BArtSchV) v. 16.2.2005, BGBl. I, S. 258, 896, zul. geänd. durch Art. 10 des Gesetzes zur Änderung des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes und anderer um-weltrechtlicher Vorschriften v. 21.1.2013, BGBl. I, S. 95
BauGB	Baugesetzbuch

BauNVO	Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Bau-NVO) v. 26.6.1962 i. d. F. der Bekanntmachung v. 21.11.2017, BGBl. I, S. 3786
BayBO	Bayerische Bauordnung
BayBO a. F.	Bayerische Bauordnung i. d. F. der Bekanntmachung v. 17.11.2014, GVOBl. Bay. 2014, S. 478
BayGO	Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (Gemeindeordnung – GO) i. d. F. der Bekanntmachung v. 22.8.1998, GVBl. S. 796
BayVfGHG	Gesetz über den Bayerischen Verfassungsgerichtshof
BayWEE	Hinweise zur Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen (WEA) (Windenergie-Erliss – BayWEE) v. 19.7.2016, AllMBI Nr. 10, S. 1642
BbgKVerf	Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) v. 18.12.2007, GVBl. Nr. 19, S. 286, zul. geänd. durch Art. 2 des Gesetzes v. 18.12.2020, GVBl. Nr. 38, S. 2
BbgNatSchG	Gesetz über den Naturschutz und die Landschaftspflege im Land Brandenburg (Brandenburgisches Naturschutzgesetz – BbgNatSchG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 26.5.2004, GVBl.Bbg. I/04, S. 350
BDEW	Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft
BeckOK	Beck'sche Online-Kommentare
Beil.	Beilage
Beschl.	Beschluss
BfN	Bundesamt für Naturschutz
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BImSchG	Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz – BIm-SchG) v. 15.3.1974 i. d. F. der Bekanntmachung v. 17.5.2013, BGBl. I, S. 1274; 2021 I, S. 123, zul. geänd. durch Art. 2 Abs. 1 des Gesetzes v. 9.12.2020, BGBl. I, S. 2873
Bln	Berlin
BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
BMUB	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
BNatSchG	Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz – BNatSchG) v. 29.7.2009, BGBl. I, S. 2542, zul. geänd. durch Art. 290 der Elften Zuständigkeitsanpassungsverordnung v. 19.6.2020, BGBl. I, S. 1328

BNatSchG a.F.	Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz – BNatSchG) i.d.F. der Bekanntmachung v. 3.4.2002, BGBl. I, S. 1193. Mittlerweile befindet sich das Verbandsklagerecht in § 64 BNatSchG
BRAK	Bundesrechtsanwaltskammer
BR-Drs.	Bundesratsdrucksache
bspw.	beispielsweise
BT	Besonderer Teil
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BüGembeteilG M-V	Gesetz über die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Gemeinden an Windparks in Mecklenburg-Vorpommern (BüGembeteilG M-V) v. 18.5.2016, GVOBl. M-V 2016, S. 258
BUND	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
BV	Bayerische Verfassung
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BW	Baden-Württemberg
BWE	Bundesverband WindEnergie
CBD	Convention on Biological Diversity
CO <sub>2</sub>	Kohlenstoffdioxid
DAV	Deutscher Anwaltverein
DDR	Deutsche Demokratische Republik
ders.	derselbe
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung (Zeitschrift)
Drs.	Drucksache
DV	Die Verwaltung (Zeitschrift)
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt (Zeitschrift)
EEG	Gesetz für den Ausbau erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz – EEG) v. 21.7.2014, BGBl. I, S. 1066, zul. geänd. durch Art. 1 des Gesetzes zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und weiterer energierechtlicher Vorschriften v. 21.12.2020, BGBl. I, S. 3138
EEG 2000	Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz – EEG) v. 29.3.2000, BGBl. I, S. 305
EEG 2004	Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz – EEG) v. 21.7.2004, BGBl. I, S. 1918
EEG 2012	Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz – EEG) v. 25.10.2008 i.d.F. der Bekanntmachung v. 23.8.2012, BGBl. I, S. 1754

EEG 2017	Gesetz für den Ausbau erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz – EEG 2017) v. 21.7.2014 i. d. F. der Bekanntmachung v. 18.10.2016, BGBl. I, S. 2258
EE-RL	Richtlinie (EU) 2018/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates v. 11.12.2018 zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen (Neufassung), ABl. Nr. L 328, 82
EE-RL a.F.	Richtlinie 2009/28/EG des Europäischen Parlaments und des Rates v. 23.4.2009 zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen und zur Änderung und anschließenden Aufhebung der Richtlinien 2001/77/EG und 2003/30/EG, ABl. Nr. L 140, 16
EG	Europäische Gemeinschaft
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EnWZ	Zeitschrift für das gesamte Recht der Energiewirtschaft
et al.	et alii/aliae/alia (und andere)
EU	Europäische Union
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union
EuR	Zeitschrift Europarecht
EurUP	Zeitschrift für Europäisches Umwelt- und Planungsrecht
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
evtl.	eventuell
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWG Bln	Gesetz zur Umsetzung der Energiewende und zur Förderung des Klimaschutzes in Berlin (Energiewendegesetz Berlin – EWG Bln) v. 5.4.2016, GVBl. Bln, S. 122
EWKG	Gesetz zur Energiewende- und Klimaschutz in Schleswig-Holstein (Energiewende- und Klimaschutzgesetz Schleswig-Holstein – EWKG) v. 7.3.2017, GVBl. S-H, S. 124
f.	folgende
ff.	fortfolgende
FFH-Gebiete	Gebiete i. S. d. Anhänge I, II, IV und V der FFH-RL
FFH-RL	Richtlinie 92/43/EWG des Rates v. 21.5.1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen, ABl. Nr. L 206, 7, zul. geänd. durch Richtlinie 2013/17/EU des Rates v. 13.5.2013, ABl. Nr. L 158, 193
FH	Fachhochschule
Fn.	Fußnote
geänd.	geändert
gem.	gemäß

GemO BW	Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (Gemeindeordnung – GemO) i. d. F. der Bekanntmachung v. 24.7.2000, GBl. Nr. 581, S. 698
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GO NRW	Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) i. d. F. der Bekanntmachung v. 14.7.1994, GV. NRW, S. 666, zul. geänd. durch Art. 3 des Gesetzes v. 29.9.2020, GV. NRW, S. 916
GV/GVBl.	Gesetzes- und Verordnungsblatt
GW	Gigawatt
HGO	Hessische Gemeindeordnung (HGO) i. d. F. der Bekanntmachung v. 7.3.2005, GVBl. I, S. 142, zul. geänd. durch Art. 1 des Gesetzes v. 7.5.2020, GVBl., S. 318
HmbNatSchG	Hamburgisches Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Hamburgisches Naturschutzgesetz – HmbNatSchG) i. d. F. der Bekanntmachung v. 7.8.2001, Hamb.GVBl. I, S. 281
hrsg. v.	herausgegeben von
IASS	Institute for Advanced Sustainability Studies
i. d. F.	in der Fassung
i. d. R.	in der Regel
IE-RL	Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates v. 24.11.2010 über Industrieemissionen (integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung), ABl. Nr. L 334, 17
i. R. d.	im Rahmen des/der
i. R. v.	im Rahmen von
i. S. d.	im Sinne des/der
i. V. m.	in Verbindung mit
IVU-RL	Richtlinie 96/61/EG des Rates v. 24.9.1996 über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung, ABl. Nr. L 257, 26
IWRZ	Zeitschrift für Internationales Wirtschaftsrecht
JA	Juristische Arbeitsblätter (Zeitschrift)
jM	juris – die Monatszeitschrift
JURA	Juristische Ausbildung (Zeitschrift)
jurisPR-UmwR	jurisPraxisReport-UmweltRecht
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)
JZ	JuristenZeitung
Kap.	Kapitel
KommJur	Zeitschrift Kommunaljurist

KSG	Bundes-Klimaschutzgesetz (KSG) v. 12.12.2019, BGBl. I, S. 2513
KSG BW	Gesetz zur Förderung des Klimaschutzes in Baden-Württemberg (KSG BW) v. 23.7.2013, GBl. BW, S. 229
KV M-V	Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Kommunalverfassung – KV M-V) v. 13.7.2011, GVOBl. M-V, S. 777, zul. geänd. durch Art. 1 des Gesetzes vom 23.7.2019, GVOBl. M-V, S. 467
KW	Kilowatt
KWh	Kilowatt pro Stunde
LG NRW	Gesetz zur Sicherung des Naturhaushalts und zur Entwicklung der Landschaft des Landes Nordrhein-Westfalen (Landschaftsgesetz Nordrhein-Westfalen – LG NRW) i. d. F. der Bekanntmachung v. 21.7.2000, GV.NRW, S. 568
lit.	litera (Buchstabe)
LKSG	Landesgesetz zur Förderung des Klimaschutzes (Landesklimaschutzgesetz – LKSG) v. 19.8.2014, GVBl. Rh.-Pf., S. 188
LKV	Landes- und Kommunalverwaltung (Zeitschrift)
MAH	Münchener Anwaltshandbuch
MgvG	Gesetz zur Vorbereitung der Schaffung von Baurecht durch Maßnahmengesetz im Verkehrsbereich (MgvG) v. 22.3.2020, BGBl. I, S. 640–643
Mio.	Millionen
m. V. a.	mit Verweis auf
MW	Megawatt
NABU	Naturschutzbund
NJOZ	Neue Juristische Online Zeitschrift
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
NordÖR	Zeitschrift für Öffentliches Recht in Norddeutschland
NOZ	Neue Osnabrücker Zeitung
Nr.	Nummer
NRO	Nichtregierungsorganisation(en)
NRW	Nordrhein-Westfalen
NuR	Natur und Recht (Zeitschrift)
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
ÖB-RL	Richtlinie 2003/35/EG des Europäischen Parlaments und des Rates v. 26.5.2003 über die Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Ausarbeitung bestimmter umweltbezogener Pläne und Programme und zur Änderung der Richtlinien 85/337/EWG und 96/61/EG des Rates in Bezug auf die Öffentlichkeitsbeteiligung und den Zugang zu Gerichten, ABl. Nr. L 156, 17 (Öffentlichkeitsbeteiligungs-Richtlinie)

OVG	Oberverwaltungsgericht
Rh.-Pf.	Rheinland-Pfalz
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer
Rspr.	Rechtsprechung
S.	Seite/Satz
S-H	Schleswig-Holstein
Slg.	Sammlung
st.	ständige
SUP	Strategische Umweltprüfung
TA Lärm	Sechste Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm – TA Lärm) v. 26.8.1998, GMBl. Nr. 26, S. 503, zul. geänd. durch Verwaltungsvorschrift v. 1.6.2017, Banz AT, B5
TA Luft	Erste Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft – TA Luft) v. 24.7.2002, GMBl. Nr. 25, S. 511
Thür	Thüringen
ThürKlimaG	Thüringer Gesetz zum Klimaschutz und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels (Thüringer Klimagesetz – ThürKlimaG) v. 18.12.2018, GVBl. Thür., S. 816
TOP	Tagesordnungspunkt
u. a.	unter anderem/n/und andere
UA	Unterabsatz
u. ä.	und ähnliche
UfU	Unabhängiges Institut für Umweltfragen
UmweltR	Umweltrecht
UmwRG	Gesetz über ergänzende Vorschriften zu Rechtsbehelfen in Umweltangelegenheiten nach der EG-Richtlinie 2003/35/EG (Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz – UmwRG) v. 7.12.2006 i. d. F. der Bekanntmachung v. 23.8.2017, BGBl. I, S. 3290, zul. geänd. durch Art. 4 des Gesetzes zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes, des Energiewirtschaftsgesetzes und weiterer energierechtlicher Vorschriften v. 17.12.2018, BGBl. I, S. 2549
UmwRG 2006	Gesetz über ergänzende Vorschriften zu Rechtsbehelfen in Umweltangelegenheiten nach der EG-Richtlinie 2003/35/EG (Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz – UmwRG) i. d. F. der Bekanntmachung v. 14.12.2006, BGBl. I, S. 2816
UmwRG 2013	Gesetz über ergänzende Vorschriften zu Rechtsbehelfen in Umweltangelegenheiten nach der EG-Richtlinie 2003/35/EG (Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz – UmwRG) i. d. F. der Bekanntmachung v. 12.4.2013, BGBl. I, S. 753

UmwRG 2015	Gesetz über ergänzende Vorschriften zu Rechtsbehelfen in Umweltangelegenheiten nach der EG-Richtlinie 2003/35/EG (Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz – UmwRG) i. d. F. der Bekanntmachung v. 25.11.2015, BGBl. I, S. 2069
UNFCCC	United Nations Framework Convention on Climate Change (Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen – Klimarahmenkonvention) v. 9.5.1992
UPR	Umwelt- und Planungsrecht (Zeitschrift)
URaG	Umweltrahmengesetz (URaG) v. 29.6.1990, GBl. DDR I, S. 649
Urt.	Urteil
USA	United States of America
UVP	Umweltverträglichkeitsprüfung
UVPG	Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) v. 12.2.1990 i. d. F. der Bekanntmachung v. 24.2.2010, BGBl. I, S. 94, zul. geänd. durch Art. 4 des Gesetzes zur Beschleunigung von Investitionen v. 3.12.2020, BGBl. I, S. 2694
UVPG a.F.	Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) v. 12.2.1990 i. d. F. der Bekanntmachung v. 14.12.2006, BGBl. I, S. 2819
UVP-RL 1985	Richtlinie 85/337/EWG des Rates v. 27.6.1985 über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten, ABl. Nr. L 175, 40
UVP-RL 2011	Richtlinie 2011/92/EU des Europäischen Parlaments und des Rates v. 13.12.2011 über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten, ABl. Nr. L 26, 1 (Kodifizierter Text)
UVP-RL 2014	Richtlinie 2014/52/EU des Europäischen Parlaments und des Rates v. 16.4.2014 zur Änderung der Richtlinie 2011/92/EU über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten, ABl. Nr. L 124, S. 1
UVPVwV	Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Ausführung des UVPG (UVPVwV) v. 18.9.1995, GMBl. Nr. 32, S. 671
v.	vom/von
VerfGH	Verfassungsgerichtshof
VerfO	Verfahrensordnung der Clearingstelle EEG KWKG v. 1.10.2007 i. d. F. v. 1.1.2018
VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
Vogelschutz-RL	Richtlinie 79/409/EWG des Rates v. 2.4.1979 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten, ABl. Nr. L 103, 1, in der kodifizierten Fassung der Richtlinie 2009/147/EG des Europäischen Parlaments und des Rates v. 30.11.2009, ABl. Nr. L 20, 7

Vogelschutz-VO	Verordnung (EG) Nr. 338/97 des Rates v. 9.12.1996 über den Schutz von Exemplaren wildlebender Tier- und Pflanzenarten durch Überwachung des Handels, ABl. Nr. L 61, 1, zul. geänd. durch die Verordnung (EU) Nr. 709/2010 der Kommission v. 22.7.2010, ABl. Nr. L 212, 1
Vorlagebeschl.	Vorlagebeschluss
VR	Verwaltungsrundschau (Zeitschrift)
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
z. B.	zum Beispiel
ZEuS	Zeitschrift für Europarechtliche Studien
ZfBR	Zeitschrift für deutsches und internationales Bau- und Vergaberecht
ZNER	Zeitschrift für Neues Energierecht
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
zul.	zuletzt
ZUR	Zeitschrift für Umweltrecht



## **Einleitung und Gang der Darstellung**

Das Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz (UmwRG)<sup>1</sup> hat den Zugang zu Gerichten für Umweltverbände und Individualpersonen zur Durchsetzung von Umweltrecht erweitert. Dadurch soll das UmwRG die Durchsetzung von Umweltrecht bei Zulassungsverfahren z. B. von Infrastrukturvorhaben verbessern.<sup>2</sup>

Schon gegen Ende des vergangenen Jahrhunderts bemerkte die internationale Staatengemeinschaft ein Vollzugsdefizit des Umweltrechts und insbesondere des Artenschutzrechts.<sup>3</sup> Die Bedeutung des Erhalts der Artenvielfalt haben verschiedenen Abkommen und Richtlinien auf völkerrechtlicher und unionsrechtlicher Ebene verdeutlicht.<sup>4</sup> Der Erhalt der Vielfalt von Tier- und Pflanzenarten ist erforderlich für das ökologische Gleichgewicht.<sup>5</sup>

Ein Grund für das Vollzugsdefizit lag darin, dass das Artenschutzrecht aus Vorschriften besteht, die Allgemeininteressen schützen.<sup>6</sup> Verstöße gegen den Großteil des Umweltrechts und insbesondere gegen das Artenschutzrecht wa-

---

<sup>1</sup> Gesetz über ergänzende Vorschriften zu Rechtsbehelfen in Umweltangelegenheiten nach der EG-Richtlinie 2003/35/EG (Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz – UmwRG) v. 7.12.2006 i. d. F. der Bekanntmachung v. 23.8.2017, BGBl. I, S. 3290, zul. geänd. durch Art. 4 des Gesetzes zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes, des Energiewirtschaftsgesetzes und weiterer energierechtlicher Vorschriften v. 17.12.2018, BGBl. I, S. 2549.

<sup>2</sup> Vgl. Eckert, VR 2020, 1, 1.

<sup>3</sup> Sußmann, Vollzugs- und Rechtsschutzdefizite im Umweltrecht, S. 68 f.

<sup>4</sup> Bspw. im Übereinkommen über die biologische Vielfalt (Convention on Biological Diversity – CBD) v. 5.6.1992, in der Richtlinie 79/409/EWG des Rates v. 2.4.1979 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten, ABl. Nr. L 103, 1, in der kodifizierten Fassung der Richtlinie 2009/147/EG des Europäischen Parlaments und des Rates v. 30.11.2009, ABl. Nr. L 20, 7 (abgekürzt als: Vogelschutz-RL) und in der Richtlinie 92/43/EWG des Rates v. 21.5.1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen, ABl. Nr. L 206, 7 (abgekürzt als: FFH-RL). Das Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz – BNatSchG) v. 29.7.2009, BGBl. I, S. 2542, zul. geänd. durch Art. 290 der Elften Zuständigkeitsanpassungsverordnung v. 19.6.2020, BGBl. I, S. 1328) setzt manche dieser Vorgaben um und unterscheidet mittlerweile im 5. Kapitel zwischen allgemeinem und besonderem Artenschutz, §§ 39 ff. bzw. §§ 44 ff. BNatSchG.

<sup>5</sup> Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen v. 20.5.2020 (COM 2020 380 final), EU-Biodiversitätsstrategie für 2030, S. 1; Wegner, Subjektiv-öffentliche Ansätze im Völkerrecht zum Schutz biologischer Vielfalt, S. 27.

<sup>6</sup> Guckelberger, JA 2014, 647, 648 und 650.

ren deshalb nach dem (deutschen) Verwaltungsprozessrecht grundsätzlich nicht von Individualpersonen rügefähig, da sie bei Verstößen gegen Artenschutzvorschriften keine Verletzung in eigenen Rechten geltend machen konnten.<sup>7</sup> Die Durchsetzung des Artenschutzrechts war dadurch gerichtlich kaum überprüfbar.

Um dem Vollzugsdefizit entgegenzuwirken, beschloss die internationale Staatengemeinschaft, dass nicht nur Genehmigungsbehörden von umweltrelevanten Vorhaben wie Infrastrukturprojekten, sondern auch die hiervon betroffene Öffentlichkeit und insbesondere Umweltverbände als „Stellvertreter der Natur“ stärker in Entscheidungsprozesse eingebunden werden sollten.<sup>8</sup> Im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) eines Vorhabens erhält die betroffene Öffentlichkeit deshalb gemäß §§ 18 f. UVPG<sup>9</sup> ein Beteiligungsrecht. Außerdem sollten Umweltverbände die Möglichkeit erhalten, Umweltschutzvorschriften vor Gericht durchzusetzen, ohne dass sie ihre Klagebefugnis begründen müssen.<sup>10</sup> Diese Grundgedanken mündeten in der Aarhus-Konvention (AK) vom 25.6.1998.<sup>11</sup> Mit dem UmwRG vom 7.12.2006<sup>12</sup> hat der deutsche Gesetzgeber diese Vorgaben umgesetzt und die Grundlage dafür geschaffen, dass Umweltverbände und auch Individualpersonen, die von einem umweltrelevanten Vorhaben betroffen sind, Umweltrecht gerichtlich besser durchsetzen können.

Als Besonderheit des UmwRG müssen anerkannte Umweltverbände für ihre Klagebefugnis nicht – wie sonst nach dem in Deutschland geltenden Verletzenklagmodell<sup>13</sup> – in Abweichung von § 42 Abs. 2 VwGO die Verletzung von subjektiv-öffentlichen Rechten geltend machen, § 2 Abs. 1 S. 1 UmwRG. Dadurch können Umweltverbände auch die Vereinbarkeit von Genehmigungen mit den objektiv-rechtlichen Vorschriften des Umweltrechts gerichtlich

<sup>7</sup> Porsch, NVwZ 2013, 1393, 1393; vgl. Murswieck/Ketterer/Sauer/Wöckel, DV 2011, 235, 244; Oestreich, DV 2006, 29, 30, 32.

<sup>8</sup> Albrecht/Zschiegner, NVwZ 2020, 671, 671 f.; Heß, ZUR 2018, 686, 686; Beckmann, Rechtstheorie 2014, 141, 142 ff.; Beyerlin, ZaÖRV 2005, 525, 539.

<sup>9</sup> Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) v. 12.2.1990 i. d. F. der Bekanntmachung v. 24.2.2010, BGBl. I, S. 94, zul. geänd. durch Art. 4 des Gesetzes zur Beschleunigung von Investitionen v. 3.12.2020, BGBl. I, S. 2694.

<sup>10</sup> Ekardt, NVwZ 2012, 530, 532; Laskowski, ZUR 2010, 171, 173.

<sup>11</sup> Übereinkommen über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten v. 25.6.1998 (Aarhus-Konvention; abgekürzt als: AK).

<sup>12</sup> Gesetz über ergänzende Vorschriften zu Rechtsbehelfen in Umweltangelegenheiten nach der EG-Richtlinie 2003/35/EG (Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz – UmwRG) v. 7.12.2006, BGBl. I, S. 2816.

<sup>13</sup> Oestreich, DV 2006, 29, 30, 32; Beckmann, Rechtstheorie 2014, 141, 141.

überprüfen lassen.<sup>14</sup> Auch für sonstige Individualpersonen der betroffenen Öffentlichkeit sieht das UmwRG Besonderheiten vor, die die gerichtliche Durchsetzung von Umweltrecht stärken sollen: Im Rahmen der Zulässigkeit muss eine Individualperson zwar immer noch die Möglichkeit der Verletzung in einem subjektiv-öffentlichen Recht geltend machen; war die UVP aber fehlerhaft, besteht im Rahmen der Begründetheit ein Aufhebungsanspruch, ohne dass sie tatsächlich in einem eigenen Recht verletzt sein muss, § 4 Abs. 3, Abs. 1 UmwRG.<sup>15</sup>

Der Gesetzgeber hat das UmwRG seit seinem Inkrafttreten dreimal grundlegend geändert, nachdem der EuGH wiederholt Umsetzungsdefizite festgestellt hatte.<sup>16</sup> Dadurch lassen sich folgende vier Geltungsphasen des UmwRG unterscheiden:

- Phase 1: 15.12.2006 bis 28.1.2013<sup>17</sup>
- Phase 2: 29.1.2013 bis 25.11.2015<sup>18</sup>
- Phase 3: 26.11.2015 bis 31.5.2017<sup>19</sup>
- Phase 4: 1.6.2017 bis heute (11.1.2021)<sup>20</sup>

Ein Bericht der Vereinten Nationen vom 15.9.2020 verdeutlicht jedoch, dass der Trend des Artenverlustes noch nicht aufgehalten ist.<sup>21</sup> Gleichzeitig wächst die Dringlichkeit von Klimaschutzmaßnahmen, zu denen der Bau von Windenergieanlagen zählt. Der Bau von Windenergieanlagen kann aber in Konflikt mit dem Artenschutzrecht geraten.<sup>22</sup>

---

<sup>14</sup> Niederstadt/Weber, NuR 2009, 297, 300 f.; Schmidt/Kremer, ZUR 2007, 57, 58.

<sup>15</sup> Modifikation des § 113 Abs. 1 VwGO. Die Regelung des § 4 Abs. 1 gilt allerdings nur für absolute Verfahrensfehler. Relative Verfahrensfehler müssen die Zulassungsentscheidung beeinflusst haben gemäß § 46 VwVFG.

<sup>16</sup> Im Einzelnen dazu unten 1. Kapitel C.

<sup>17</sup> Siehe oben Fn. 12.

<sup>18</sup> Vgl. Änderungen durch das Gesetz zur Änderung des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes und anderer umweltrechtlicher Vorschriften v. 21.1.2013, BGBl. I, S. 95.

<sup>19</sup> Vgl. Änderungen durch das Gesetz zur Änderung des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes zur Umsetzung des Urteils des Europäischen Gerichtshofs v. 7.11.2013 in der Rechtssache C-72/12 v. 20.11.2015, BGBl. I, S. 2069.

<sup>20</sup> Vgl. Änderungen durch das Gesetz zur Anpassung des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes und anderer Vorschriften an europa- und völkerrechtliche Vorgaben v. 29.5.2017, BGBl. I, S. 1298.

<sup>21</sup> Secretariat of the CBD, Global Biodiversity Outlook 5 v. 15.9.2020, S. 7 ff., pdf abrufbar unter <https://www.cbd.int/gbo/gbo5/publication/gbo-5-en.pdf> (zuletzt aufgerufen am 9.11.2021).

<sup>22</sup> Siehe im Einzelnen dazu unten 3. Kapitel B. II.